

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
10 / 2003

An den Grenzen des Lebens

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2002
- MUSICA PRO PACE 2002
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

– Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress –

Michael Gander, Osnabrück

Zwangsarbeiter unter dem Nationalsozialismus in Osnabrück

Ihr Schicksal in eigener Erinnerung und im Gedächtnis
Osnabrücker Zeitzeugen

I. Vorbemerkung – Einer neueren, in Bielefeld durchgeführten, repräsentativen Emnid-Studie zufolge glauben 49% der Befragten, dass ihre Eltern oder Großeltern, die die NS-Zeit erlebt haben, dem NS-System ›eher negativ‹ oder ›sehr negativ‹ gegenüberstanden.¹ Dagegen nehmen 4% der Befragten an, dass die eigenen Angehörigen dem Nationalsozialismus eher positiv begegneten, und nur 2% gehen von einer sehr positiven Haltung zum Nationalsozialismus innerhalb der eigenen Familie aus. Interessant ist, dass von den Befragten mit Abitur oder Studienabschluss nur noch 1% davon ausgehen, dass ihre Angehörigen dem NS-System sehr positiv gegenüberstanden.

Eine zweite Frage führte zu weiteren, nachdenklich stimmenden Ergebnissen. Von allen Befragten meinten nur 3%, einer ihrer Angehörigen sei ›anti-jüdisch‹ gewesen, während 26% es für möglich hielten, dass jemand aus ihrer Familie Verfolgten geholfen hätte. Dagegen nehmen 30% der Befragten mit Abitur oder Studienabschluss an, dass Familienangehörige Verfolgten geholfen haben. Angesichts dieser Diskrepanz zwischen den sehr positiven Bewertungen der eigenen Familienvergangenheit im Nationalsozialismus und den als bekannt vorauszusetzenden Ergebnissen der Forschungen über die NS-Zeit, erscheint es umso wichtiger, die Beteiligung der deutschen Bevölkerung zu untersuchen und aufzuzeigen – und dies möglichst konkret vor Ort. So kann das Wissen über den Nationalsozialismus mit der individuellen familiären Überlieferung in eine differenziertere Verbindung gebracht werden. Gerade die Erforschung der Zwangsarbeit ermöglicht angesichts des fast allgegenwärtigen Einsatzes von Zwangsarbeitern im damaligen Deutschen Reich weitere Kenntnisse über die lokale Beteiligung der Deutschen am NS-System.

II. Der Zwang zur Arbeit – Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begann im Nationalsozialismus die Geschichte der Zwangsarbeit. Sie betraf z.B. die Gefangenen in den Konzentrationslagern des Emslands. Wer kennt nicht das *Lied der Moorsoldaten*, das die Qualen dieses Arbeitszwanges schildert. Auch die Entrechtung und Verfolgung der Juden wurde noch in den Monaten vor

Kriegsbeginn fortgesetzt, indem mehr als 20.000 deutscher Juden unter diskriminierenden Bedingungen zwangsbeschäftigt wurden.²

Vom Beginn der deutschen Eroberungskriege an wurde der Arbeitskräftemangel in der deutschen Kriegswirtschaft mit jedem neuen Jahrgang, der zur Wehrmacht oder zur SS eingezogen wurde, dramatischer. Hatte die deutsche Regierung im Ersten Weltkrieg noch den entstehenden Arbeitskräftemangel durch die massenhafte Dienstverpflichtung deutscher Frauen geschlossen, so lehnte die nationalsozialistische Regimeführung einen vergleichbaren Einsatz deutscher Frauen ab. Zu frisch waren noch die Erinnerungen an die erhebliche innenpolitische Destabilisierung und Unzufriedenheit, die die Frauendienstpflicht im Kaiserreich verursachte. Die weitgesteckten Kriegsziele sollten nicht durch Unruhen in der Heimat gefährdet werden.³

Stattdessen entschied sich die deutsche Führung für den ›Import‹ einer großen Zahl von Arbeitskräften aus den zu erobernden Ländern. Man erwartete hierbei auch Risiken, die aber leichter beherrschbar schienen als die Nachteile des massenhaften Zwangseinsatzes deutscher Frauen. Den im Herbst 1939 begonnenen »Ausländer-Einsatz« in der deutschen Kriegswirtschaft bis 1945 kommentiert *Ulrich Herbert*, der die grundlegende Arbeit⁴ zum Thema vorlegte, mit drastischen Worten:

»Der nationalsozialistische ›Ausländer-Einsatz‹ zwischen 1939 und 1945 stellt den größten Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert dar. Im August 1944 waren auf dem Gebiet des ›Großdeutschen Reichs‹ 7,8 Mio. ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangene als im Arbeitseinsatz beschäftigt gemeldet, hinzu kamen etwa 500 000 überwiegend ausländische KZ-Häftlinge. Somit waren zu diesem Zeitpunkt knapp 30% aller in der gesamten Wirtschaft des Reiches beschäftigten Arbeiter und Angestellten Ausländer, die man größtenteils zwangsweise zum Arbeitseinsatz ins Reich gebracht hatte.«⁵

Aus jedem neu eroberten Land wurden Menschen angeworben oder verschleppt – mit der Wirkung, dass die Zwangsarbeit während des Krieges von 0,3 Mio. im Jahr 1939 bis eben 7,1 Mio. 1944 stark ausgeweitet wurde.⁶ Wie viele Menschen insgesamt zur Zwangsarbeit nach Deutschland verbracht wurden, ist unbekannt. Schätzungen gehen bis 13,5 Mio.⁷ Die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen für die Kriegswirtschaft insgesamt und für die Rüstung im Besonderen wird anschaulich, wenn man bedenkt, dass die deutsche Kriegswirtschaft ab 1942 auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen war und dass es nur durch ihren zwangsweisen Arbeitseinsatz möglich war, die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung auf dem höchsten Stand aller kriegführenden europäi-

schen Mächte zu halten.⁸ Hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihres hohen Anteils an den Beschäftigten in und außerhalb der Landwirtschaft waren die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen somit ›Kollegen‹ der deutschen Beschäftigten. Fast jeder Betrieb in der Stadt oder auf dem Land nutzte ausländische Arbeitskräfte.



Abb. aus: »Wir hatten Angst wie die Mäuse«. Ehemalige Zwangsarbeiter besuchen Osnabrück. Broschüre, zusammengestellt von M. Gander und S. Rolfes, Osnabrück 2003

III. Die rassistische Ideologie der Zwangsarbeit — In der ersten Stufe der Zwangsarbeit standen nationalsozialistische Rassentheorien und die verhängte Zwangsarbeit völlig im Einklang: die erzwungene Arbeit der *Juden* machte jedem nichtjüdischen Deutschen, auch dem nichtjüdischen Arbeiter, die eigene Zugehörigkeit zu einer ›höherwertigen Rasse‹ klar, während die Juden als Angehörige ›minderer Rasse‹ erschienen, deren Arbeitskraft den Deutschen nach Bedarf zur Verfügung zu stehen habe. Zwangsarbeit der Juden war eine deutlich ausgeprägte Form der Ausgrenzung derjenigen, die von dieser rassistischen Zuschreibung betroffen waren, und damit auch ein Instrument, Raubkonzepte populär zu machen.

Im Laufe des Kriegs trat die rassistische Komponente scheinbar in den Hintergrund; die massenhafte Zwangsarbeit bis 1944/45 schien allein der Aufrechterhaltung der Wirtschaft und der Kriegsproduktion im Deutschen Reich zu dienen oder gar deren Ausdehnung selbst noch in einer Zeit der Einberufung vieler Millionen von Männern zum Militär. Tatsächlich wurde das ideologische Moment auch in dieser Phase der Zwangsarbeit nie verdrängt; es

war auch dort bedeutsam, wo angesichts des massenhaften Einsatzes von ZwangsarbeiterInnen aus slawischen Ländern – auch deren ›Slawentum‹ wurde als rassische Zuschreibung verwandt – eine konsequente Separierung unmöglich geworden war. Die beiden mit Abstand größten Gruppen unter den Zwangsarbeitenden waren polnische und sowjetische Staatsangehörige. Sie stellten 1944 über 60% aller ausländischen Arbeitskräfte.⁹ Hier war das Verhältnis zwischen Arbeitseinsatz und Ideologie komplizierter; die Unmöglichkeit einer konsequenten Absonderung der ›slawischen‹ ZwangsarbeiterInnen führte nicht zum Verzicht auf ideologische Deutungen, sondern z.B. zu einer in der Zwangsarbeit praktizierten Hierarchisierung der ›Rassen‹: Oben rangierten die ›Westarbeiter‹, dann kamen die Polen, dann die ›Ostarbeiter‹, die ZwangsarbeiterInnen aus der Sowjetunion, und schließlich ganz unten die Juden. Diese Hierarchisierung kam noch dort zum Tragen, wo massenhafter ZwangsarbeiterInnen-Einsatz zu massenhaften Kontakten mit Deutschen führen musste. Das galt sowohl in den industriellen Betrieben als auch für die Vielzahl kleiner Handwerks- und bäuerlicher Betriebe – immerhin wurde in der Landwirtschaft fast die Hälfte der ZwangsarbeiterInnen eingesetzt.

Inzwischen liegen Untersuchungen vor über die Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung, also auch der deutschen ArbeiterInnen, einerseits und den ausländischen ZwangsarbeiterInnen andererseits. Festzuhalten ist, dass ein nicht geringer Teil der deutschen Arbeiter durch ihnen übertragene Aufsichts- und Reglementierungsfunktionen gegenüber den Zwangsarbeitern in das System eingebunden war und dadurch insgesamt »soziale Aufstiegsmöglichkeiten in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß« erhielt.¹⁰ Auf der lokal- oder regionalgeschichtlichen Ebene ist das Bild der Beziehungen zwischen Deutschen und ZwangsarbeiterInnen dennoch überaus vielfältig und erklärungsbedürftig. *Heuer* resümiert für Südhessen:

»Beispiele einer besonders brutalen und unmenschlichen Diskriminierung stehen neben Beispielen abmildernder und die Reproduktion der Zwangsarbeit sichernder Maßnahmen. Man findet diese Unterschiede in zwei Industriefirmen aus der gleichen Branche, die knapp 10 Kilometer voneinander entfernt lagen. Man findet Beispiele von Massenverhaftungen durch die Gestapo wegen Verlassens der Ortsunterkünfte und gleichzeitig Oberbürgermeister, die verbotenerweise Zwangsarbeiter zu Kinovorführungen in nahegelegene Kleinstädte begleiteten, um sie vor den Zugriffen der Polizeibehörden zu schützen. Man findet Beispiele für organisierten Babymord und gleichzeitig Belege dafür, dass ›Ostarbeiterinnen‹ ihre Kleinkinder an ihrem Arbeitsplatz versorgen konnten. Man findet Belege dafür, dass arbeitsunfähige ›Ostarbeiter‹ in Sterbelagern umgebracht wurden und gleichzeitig Gegenbeispiele, nach denen sie durch Zusatzernährung, bessere ärztliche Versorgung oder durch Arbeitsplatzwechsel wieder gesund wurden.«¹¹

Unsere Forschungen¹² fragen deshalb nach den Bedingungen, unter denen in besonders brutaler oder besonders abgemilderter Form die Arbeit abgenötigt wurde, und untersuchen, unter welchen Bedingungen die Beziehung zwischen der deutschen Bevölkerung und den ZwangsarbeiterInnen besonders ausgeprägt von Rassenideologie bestimmt oder aber durch Solidarität und Empathie abgemildert war.

IV. Zwangsarbeit in Osnabrück – Die Stadt Osnabrück mit ihrer gemischten wirtschaftlichen Struktur aus Industrie, Handwerk, Handel, Verwaltung, Verkehr und Landwirtschaft überschritt 1939 die 100 000-Einwohnergrenze. Konfessionell teilte sich die Bevölkerung hauptsächlich zu etwa gleichen Teilen in katholische und evangelische Christen.¹³ Politisch entwickelte sich die NSDAP erst spät in Osnabrück, da es hier Ende der 20er Jahre eine bedeutende, eigenständige völkische Organisation gab.¹⁴

Im Stadtgebiet Osnabrücks existierten fast einhundert Zwangsarbeiterlager. Es bestand ein dichtes Netz von Zwangsarbeit in der ganzen Stadt. Allein im Januar 1945 befanden sich nach späteren Angaben des Osnabrücker Arbeitsamtes 10 371 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in der Stadt. Das Zwangsarbeitssystem in dieser Stadt war überdies vergrößert durch zeitweilige Arbeitskommandos des Konzentrationslagers *Neuengamme* und der Strafgefangenenlager im Emsland, desgleichen schließlich 1944 bis 1945 durch ein »Arbeitserziehungslager« in *Ohrbeck*, das hauptsächlich als Disziplinierungsinstitution für die Osnabrücker Zwangsarbeiter diente.

Die Arbeit der ausländischen Arbeitskräfte wurde in Osnabrück in allen Wirtschaftsbereichen: Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und von der Stadtverwaltung genutzt. Im Oktober 1942 arbeiteten selbst in den städtischen Kliniken 20 Frauen und Mädchen aus der Ukraine. Besonders viele Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen waren bei den *Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerken* (OKD), den stein- und metallverarbeitenden Betrieben der Firma *Klöckner*, dem Fahrzeughersteller *Karmann*, der Rüstungsfirma *Teuto-Metallwerke* und bei der *Reichsbahn* eingesetzt. Der Einsatz von Zwangsarbeit in den Osnabrücker Rüstungsbetrieben reichte vom vereinzelt Einsatz der ZwangsarbeiterInnen bis zur kompletten Besetzung einer Abteilung.

Untergebracht waren die so genannten »Fremdarbeiter« vor allem in eigens eingerichteten Lagern; dies betraf besonders die polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Aber es gab auch Privatunterkünfte in Osnabrücker Haushalten für sogenannte »Westarbeiter« und vereinzelt auch für Polen und Tschechen. Die Unterbringung der im Laufe des Krieges immer zahlreicher von Osnabrücker Firmen angeforderten Zwangsarbeiter war eines der größten Probleme für die beteiligten Firmen und zuständigen Dienststellen. Im August 1941 setzten sich Vertreter des Arbeitsam-

tes, der Stadt, der Industrie- und Handelskammer mit interessierten Firmen zusammen, um ein großes Lager zu errichten.

Die Osnabrücker Presse unterstützte die Ausweitung des Zwangsarbeitseinsatzes durch Artikel, die den Lesern die Bedeutung der Zwangsarbeit erklärten und die Leser unterrichteten, wie sie sich gegenüber den ›Fremdarbeitern‹ verhalten sollten. Überwogen zunächst Artikel, die zur Distanz gegenüber den ehemaligen Feinden aufriefen, so wurde nach dem Scheitern des Überfalls auf die Sowjetunion der gemeinsame Kampf gegen den Bolschewismus beschworen. Dreieinhalb Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion trafen die ersten *sowjetischen Kriegsgefangenen* zur Zwangsarbeit in den Steinbrüchen der Klöckner-Werke AG in Osnabrück ein. Ab Mai 1942 folgten ihnen die ersten Sammeltransporte deportierter sowjetischer Zivilisten, überwiegend junge Frauen. Bis Mitte 1944 wurden mindestens 4.307 sowjetische Kriegsgefangene, Zivilisten und Kinder nach Osnabrück verschleppt. Damit stammten ca. 40% der in Osnabrück im Juli 1944 eingesetzten Zwangsarbeiter/innen aus der Sowjetunion.

Bei einem Zwangsarbeiteranteil von mehr als 30% an den 33.000 Beschäftigten in der Stadt Osnabrück stellten somit die sowjetischen Zwangsarbeiter Mitte 1944 rund 13% aller Beschäftigten. Im Juni 1945 wurden ca. 12.000 SowjetbürgerInnen aus dem Osnabrücker Sammellager repatriiert.

Während des Krieges waren sowjetische ZwangsarbeiterInnen in mindestens 41 von 93 Lagern der Rüstungsindustrie, der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der Reichsbahn oder der Kommune untergebracht.¹⁵ Sie wurden vor allem in der Rüstungsindustrie, bei der Reichsbahn, im Steinbruch und beim Trümmerräumen eingesetzt, außerdem arbeiteten und lebten junge sowjetische Frauen zwangsweise als Hausmädchen bei Osnabrücker Familien.

Haupteinsatzorte der insgesamt 1.240 sowjetischen Zwangsarbeiterinnen – wohlgemerkt: ausschließlich Frauen – waren laut einer Aufstellung der Gauunterkommission der Rüstungskommission Weser-Ems vom 10. September 1943 folgende Osnabrücker Betriebe: Karmann (428), Klöckner (369), Teuto-Metallwerke (mindestens 213), Papierfabrik Kämmerer (71), Metallwarenfabrik Kromschröder (67), Seifenfabrik Frömbling (32), Textilfabrik Hammersen (31) sowie die Firma Kastrup (29). So produzierten in einem Werk der Firma Karmann im Januar 1943 fast nur ›Ostarbeiterinnen‹ Treibstoffkanister für die Wehrmacht. In dem gleichen Unternehmen betrug der Anteil der sowjetischen Frauen über 60% der gesamten Belegschaft.

Sowjetische ZwangsarbeiterInnen wurden von der Osnabrücker Gestapo verschiedenen Konzentrationslagern und Arbeitserziehungslagern zugewiesen. Darunter befanden sich allein 325 sowjetische Männer, die zwischen Januar 1944 und April 1945 in dem von der Osnabrücker Gestapo eingerichteten Arbeitserziehungslager Ohrbeck bei Osnabrück zeitweise inhaftiert waren.¹⁶

Den Forschungen von *Volker Issmer* über das Arbeitserziehungslager in Ohrbeck verdanken wir zahlreiche Hinweise, dass die räumliche Separierung zwischen Deutschen und Zwangsarbeitenden nicht gelang. In der Gestapokartei finden sich mehrere Fälle von unerlaubten Beziehungen zwischen Deutschen und Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, die von der Gestapo mit Einweisung in Konzentrationslager oder Tötung bestraft wurden. Issmers Forschungen über die *Niederländer* im Osnabrücker Zwangsarbeitssystem belegen auch Fälle ähnlich schlechter Behandlung niederländischer Zwangsarbeiter, obgleich sie der NS-Ideologie als ›artverwandt‹ galten.

Über die Situation und die Erfahrungen der sowjetischen Zwangsarbeiter in Osnabrück war bisher wenig bekannt, obwohl sie nach vorliegenden Dokumenten auch in Osnabrück die größte Teilgruppe der sogenannten ›Fremdarbeiter‹ bildeten. Besonders ihren Erfahrungen lassen erkennen, inwieweit die propagierte und durchgesetzte völkische Arbeits- und Gesellschaftsordnung, das ›Herrenmenschentum‹, Wirklichkeit wurde, denn schließlich standen sie für die völkische Ideologie und Propaganda auf niedrigster Stufe.

Hier setzt seit 1999 das Forschungsprojekt von *Martin Bennhold*, *Ute Weinmann* und dem Verfasser an. In zwei Arbeitsfeldern werden die Politik und Praxis der Zwangsarbeit in Osnabrück sowie die Erfahrungen Betroffener und Beteiligter untersucht.

Die Politik und Praxis der Zwangsarbeit in Osnabrück wird anhand von Dokumentenanalysen des Archivgutes und sonstiger Überlieferungen untersucht. Die Erfahrungen Betroffener und Beteiligter werden anhand von lebensgeschichtlichen Interviews von seinerzeit in Osnabrück ansässigen Personen und ehemaligen OstarbeiterInnen erhoben, um informelle Beziehungen zu rekonstruieren. Zu diesem Zweck wurden im Moskauer Archiv der *Menschenrechtsorganisation Memorial* über 1.000 Briefe ehemals in Osnabrück eingesetzter OstarbeiterInnen ausgewertet. Mit 26 ausgewählten Personen aus diesem Kreis wurden lebensgeschichtliche Interviews an ihren Wohnorten in Russland, Weißrussland und der Ukraine geführt.

Im Anschluss an einen öffentlichen Aufruf in Osnabrück meldeten sich über 50 männliche und weibliche deutsche Zeitzeugen der Geburtsjahrgänge 1901 bis 1938. Mit 30 von ihnen wurden lebensgeschichtliche Interviews geführt, deren Methodik auf *Gabriele Rosenthal* zurückgeht.¹⁷ Ziel dieses Vorgehens waren nicht statistische Verallgemeinerungen oder repräsentative Ergebnisse. Vielmehr geht es um die theoretische Verallgemeinerung auf der Basis hermeneutischer Fallrekonstruktionen. Diese Fallrekonstruktionen sollen Aussagen auf folgenden drei Ebenen ermöglichen: *Erstens* war beabsichtigt, Personentypen feststellen zu können, die sich in ihrem Verhalten im System der Zwangsarbeit in Osnabrück strukturell von anderen unterscheiden. *Zweitens* sollten Annahmen über die strukturellen Unterschiede im Verhalten innerhalb des Zwangsarbeitersystems jeweils bei den Osnabrückern

und den sowjetischen Zwangsarbeitern entwickelt werden. *Drittens* sollten Hinweise auf die ereignisgeschichtliche Rekonstruktion der Praxis der Zwangsarbeit in Osnabrück gesammelt werden.

V. Beziehungen zu Osnabrückern in der Erinnerung ehemaliger Zwangsarbeiter – Die Rekonstruktion der in den Interviews erhobenen Fälle dauert noch an; verschiedene aus den Interviews gewonnene Hinweise auf die Geschichte der Zwangsarbeit von OstarbeiterInnen und ihre Beziehungen zu den deutschen Osnabrückern sind sehr reichhaltig und können hier bereits skizziert werden.

Die individuelle Vorgeschichte der späteren Zwangsarbeiter in der Sowjetunion ist in zweifacher Hinsicht besonders prägend für ihr Verhalten in Osnabrück: Zum einen entstammen viele bäuerlichen Familien mit geringer Schulbildung und wenig ›Stadterfahrungen‹, so dass sie vom Fabrikalltag und der städtischen Lebenswelt in Osnabrück beeindruckt sind. Der Respekt vor den kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Deutschen wurde in den Interviews oft als Gegensatz zu der ihnen zuteil gewordenen schlechten Behandlung durch die ›kulturell hochstehenden‹ Deutschen gesehen. Das Unverständnis darüber wurde oft durch die Unerfahrenheit der zumeist kaum 20jährigen sowjetischen Zwangsarbeiter noch verstärkt.

Die deportierten Jugendlichen brachten aber auch Kriegserfahrungen mit nach Deutschland, die ihr Bild von den Deutschen entscheidend mitprägen sollten: Die Deportationen sowjetischer Männer und Frauen setzten erst im Winter 1942 ein, nachdem das ›Blitzkriegs‹-konzept der Wehrmacht vor Moskau endgültig gescheitert war und nachdem viele hunderttausend sowjetische Kriegsgefangene der ersten Monate bereits systematisch durch Unterversorgung von der Wehrmacht zu Tode gebracht worden waren. In diesen Zeitraum fallen auch die Massenerschießungen von vor allem Kommunisten und Juden durch die Einsatzgruppen. Die Wohnorte vieler nach Osnabrück Deportierter lagen in der Nähe von Orten solcher Massenmorde, und sie blieben den jungen Sowjetbürgern nicht verborgen, die daraus lernten, »dass man den Deutschen gehorchen muss« (*Pjotr*,¹⁸ kam als Kind mit Familie nach Osnabrück). Die Eintragungen der Gestapokartei belegen, dass die abschreckende Wirkung des Vernichtungskrieges im Osten Flucht, Protest und Widerstand der ›Ostarbeiter‹ nicht verhindern konnte, aber ein Niederschlag der Schreckenserfahrungen lässt sich in vielen Interviews nachweisen. Bedeutsam dafür war auch, dass die Durchgangslager des für Osnabrück zuständigen Landesarbeitsamtes Niedersachsen bis Mitte 1942 in den Kriegsgefangenenlagern in Bergen-Belsen und Wietzendorf lagen und somit folgende Beobachtungen eines weißrussischen Zwangsarbeiters Ende Juni 1942 möglich waren: »Zuerst kamen wir in ein Lager mit russischen Kriegsgefangenen, dort sah ich jeden Tag 40 Tote, die aus dem Lager getragen wurden [...]«. So

überrascht es nicht, dass die Deportationen zur Zwangsarbeit zwar individuell unterschiedlich verkraftet wurden, aber in der Regel bei den deportierten jungen Männern und Frauen die größte Sorge auslösten, ob es eine Rückkehr geben würde. In der Regel wurden größere Gruppen aus einzelnen Dörfern durch Kommissionen ausgewählt oder vom Arbeitsamt zusammengestellt, die z.B. vorzugsweise Kinder aus kinderreichen Familien zur Arbeit nach Deutschland schickten. Vom nächstgelegenen Bahnhof wurden diese dann per Güterwaggon über die Durchgangslager direkt oder von Hannover per LKW nach Osnabrück gebracht. Ab 1943 kamen aber auch Fälle vor, in denen Angehörige von vermuteten Partisanen erst in ein Gefängnis gebracht wurden. Dort wurden sie anschließend nach Arbeitsfähigkeit selektiert und die jungen Kräftigen nach Deutschland gebracht, während die Älteren und Kranken zurückblieben, und wie unsere Interviewpartnerin erfuhr, später erschossen wurden. Zur Verwunderung unserer weißrussischen und ukrainischen Interviewpartnerinnen begegneten ihnen einige der Osnabrücker Kollegen am Arbeitsplatz in der Vermutung, dass sie freiwillig zur Arbeit gekommen seien, denn in der Presse wurde der Zwangscharakter der ›Fremdarbeit‹ unterschlagen.

Die Deportierten trafen in Osnabrück zumeist am Hauptbahnhof ein, sofern sie nicht schon in Hannover Betrieben zugeteilt wurden und per LKW direkt dorthin gebracht wurden. Meist fand am Bahnhof eine Art Appell statt, bei dem Mitarbeiter der Firmen die ihnen vom Arbeitsamt zugeteilte Anzahl an Arbeitskräften aus der angetretenen Menge auswählten. Anschließend ging es in der Regel in firmeneigene Lager oder in eines der drei Gemeinschaftslager am *Hauswörmannsweg*. Die Privathaushalten oder Hotels zugewiesenen Frauen wurden dort untergebracht. Die Osnabrücker Lager wurden sehr unterschiedlich erlebt. Besonders hart waren die Lebensbedingungen in den Lagern der großen Rüstungsbetriebe Karmann, Klöckner und OKD mit den Teuto-Metallwerken. Dort waren die Lager mit Stacheldraht eingezäunt, die Ernährung schlecht und die Lagerordnungen streng und mit scharfen Strafen versehen. *Oksana* beschreibt ihre Ankunft in einem solchen Lager, von einem Menschen zu einer Nummer degradiert:

»Und als man vor uns das Tor öffnete, sahen wir, wie aus den Baracken jene herauskamen, die krank waren oder so, also sie sahen ganz furchtbar aus, sie waren blass und sahen so gequält aus, dass uns völlig klar wurde, wohin wir geraten waren und was uns erwartete. Sie haben also das Tor geöffnet, wir sind da dann durchgegangen und wurden dann in einer Baracke untergebracht. Wir wohnten in einer Baracke. Später, da gaben sie uns eine Nummer; ich hatte die Nummer 2331.«

Fluchtversuche, Verweigerungen und Proteste werden vor allem aus diesen Lagern berichtet und bestätigen entsprechende Hinweise in den schriftlichen Quellen. In der Regel bestand die Möglichkeit, am arbeitsfreien Sonntag die Lager zu verlassen. Das Eisenbahnlager der Reichsbahn an der *Schellenbergbrücke*, das Lager der OKD und die Gemeinschaftslager hatten auch Familienbaracken. Bei OKD und Karmann sind auch Krankenreviere bezeugt, die aber nur von medizinischem Hilfspersonal betreut wurden. Eine auch für Osnabrück zu vermutende Bordellbaracke, wie sie in anderen Städten, z.B. in Oldenburg, eingerichtet wurde, ist bislang nicht nachgewiesen. Eine ukrainische Zeitzeugin äußert indessen entsprechende Vermutungen über den Verbleib besonders hübscher Frauen ihres Transports. Die Berichte der OstarbeiterInnen über das deutsche Wachpersonal machen deutlich, dass es einen großen Handlungsspielraum für diese Osnabrücker gab, der auch unabhängig von der Parteizugehörigkeit wahrgenommen wurde. So erwies sich der Leiter des Lagers Schellenbergbrücke, ein NSDAP-Mitglied, insoweit als korrekt, als aus dem dortigen Lager keine Gewalttätigkeiten berichtet wurden. Dem entgegen steht das Beispiel des Leiters des Ostarbeiterinnenlagers von Karmann an der Auguststraße: Dort wurde geschlagen, Essen entzogen, Ausgang gesperrt und die Gestapo eingeschaltet.

Die Arbeit war für die OstarbeiterInnen fast immer sehr schwer, auch wenn es Ausnahmen im Hotel, Privat- oder Krankenhausbereich gab. Löhne wurden uneinheitlich gezahlt: Einige erinnern sich an Zahlungen, andere erhielten nur Geld, das im Lager gültig war, und viele erinnern sich an keine Zahlungen. Bezahlten Urlaub gab es zumindest in zwei Fällen bei der Firma *Dierks & Söhne*.

Schwierig war die Verständigung, die oft nur per Zeichensprache oder durch Übersetzung von Deutschen mit Russischkenntnissen oder von Ostarbeitern mit Deutschkenntnissen möglich wurde. Fast alle Interviewte beherrschten noch mehrere deutsche Wörter. Das Gros der Arbeitskollegen verhielt sich gegenüber den zwangsarbeitenden Kollegen indifferent, während fast alle Interviewte von einzelnen Deutschen berichteten, die die Ostarbeiter mit Butterbrot oder Ratschlägen versorgten. Im Laufe der Zeit kam es auch vereinzelt zu – verbotenen – privaten Besuchseinladungen deutscher Kollegen. Gespräche am Arbeitsplatz kamen ebenfalls vor, obwohl sie verboten waren.

Dieses Kontaktverbot galt auch unter den Zwangsarbeitern unterschiedlicher Nationalität selbst, aber es wird von Kontakten zwischen Ukrainerinnen und Weißrussinnen mit Franzosen in der knappen Freizeit berichtet. Auch gibt es Berichte über Auseinandersetzungen: So kam es zu einem Briefwechsel zwischen den französischen Fremdarbeitern und den Ukrainerinnen bei Karmann, die sich darüber beklagten, die Franzosen würden sich über ihre vermeintlich geringe Kultur lustig machen. Im Gegenzug wiesen die Ukrainerinnen in ihrem Schreiben die Franzosen zurecht, sie hätten ihr Land sehr viel

kürzer verteidigt, als dies die Sowjetunion tue. Auch die gemeinsame Lage als ZwangsarbeiterInnen für den gleichen Feind verhinderte nicht gelegentliche Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche politische Auffassungen. Die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen blieben daher zumeist unter sich, zumal sie in der Regel in separaten Lagern untergebracht waren.

Eine Notwendigkeit für viele der ZwangsarbeiterInnen in der Freizeit war die Erledigung zusätzlicher Arbeitsaufträge von deutschen Privatleuten oder die direkte Beschaffung von Nahrungsmitteln, die bis zur Suche auf den Müllhalden führen konnte. Schwarzarbeit nach offiziellem Arbeitsende wurde zumeist in Naturalien abgegolten. Diese Notlage der Zwangsarbeiter wurde in mehreren Fällen von Osnabrückern ausgenutzt, die erledigte Hausarbeiten nicht entlohnten. Es wird von Bäckern berichtet, die Brot zu Wucherpreisen – nämlich bis zu 10 Reichsmark – an diejenigen verkauften, die keine ›Brotmarken‹ vorlegen konnten. Fast alle Interviewten berichten aber auch von Brot oder Schuhen, die ihnen heimlich geschenkt wurden, z.B. durch den Zaun des Lagers hindurch. Rückblickend betrachtet, sorgten diese Hilfeleistungen dafür, dass die ZwangsarbeiterInnen die Gewissheit bewahrten, dass es auch gute Deutsche gäbe. Davon auszunehmen waren allerdings jene jungen Osnabrücker, die die ›Ostarbeiter‹ als »Russenschweine« beschimpften und die fast allen Interviewten im Gedächtnis geblieben sind. So berichtet *Oksana* nach Jahrzehnten im Interview:

»[...] dass auch die deutschen Kinder uns beleidigt haben; das hing ja offenbar von den Eltern ab. Es kam vor, dass wir in den Luftschutzraum gingen und dann die Kinder sich die Nase zugehalten haben und schrien: ›iihh, iihh, russische Scheiße, russische Scheiße«. [...] Damals, noch dazu in so einem Alter, möchte man doch auf die gleiche Art antworten; aber das ging nicht; das konnte man nicht machen, denn für diese Tat hätte man sich verantworten müssen.«

Solche unter den Jugendlichen und Kindern verbreitete Gehässigkeit bedarf der weiteren Forschung.

Die Möglichkeit, Erniedrigungen und Belastungen in einer notdürftig geschaffenen privaten Sphäre zu entgehen, waren begrenzt: Neben dem Schwarzarbeiten trafen sich die OstarbeiterInnen zum gemeinsamen Singen von Liedern, die von ihrem aussichtslosen Schicksal in der Fremde sprechen. Trotz widriger Umstände wurden unter ZwangsarbeiterInnen in Osnabrück einige Ehen geschlossen, z.T. unter Hilfe und Mitwirkung Osnabrücker Arbeitskollegen an der Hochzeitsfeier, die insgesamt von allen sehr karg erinnert wird. Zahlreiche Todesfälle von Babys der OstarbeiterInnen, von denen die Interviewten berichten, werden durch Recherchen von Volker Issmer bestätigt.¹⁹ Eine Frau berichtete von mehreren Schwangerschaftskon-

trollen in einer Osnabrücker Gesundheitseinrichtung nach ihrer Hochzeit und der Auflage, keine Kinder zu bekommen, da sie unerwünscht seien.

Krankheit und Tod lagen im Leben der sowjetischen Zwangsarbeiter in Osnabrück nahe beieinander, da die Gesundheitsbetreuung in den Lagern sehr ungenügend war, TBC und Typhus dagegen weit verbreitet. Aus diesem Grunde errichtete die Stadt Osnabrück am *Bröckerweg* 1943 eine Krankenbaracke für Zwangsarbeiter, damit diese nicht mehr in den Städtischen Kliniken behandelt werden mussten. Überlebende Schwerkranke berichteten sowohl von vielen Todesfällen dort, als auch von einer guten Betreuung durch das medizinische Personal. In einem Fall besuchte der Inhaber der Firma Dierks & Söhne dort sogar einen an Typhus erkrankten Zwangsarbeiter.

Anders war allerdings die Situation in den Krankenbaracken der Lager der großen Industrie. Eine ehemalige weißrussische Zwangsarbeiterin bei OKD, die im Mai 2000 Osnabrück besuchte, berichtete, dass dort innerhalb weniger Wochen alle kleinen Kinder an einer einfachen Erkrankung starben.

Das Kriegsende brachte die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen in Osnabrück noch einmal in neue Gefahr, da die großen Lager kurz vor Kriegsende evakuiert wurden, um eine Befreiung der Gefangenen zu verhindern. Die Situation musste als lebensbedrohlich empfunden werden, weil das Verhalten der Bewacher unabsehbar war und nicht ausreichend Proviant mitgeführt wurde. Diese Verlegungsaktionen aus Osnabrück nahmen offenbar durch Flucht oder besonnenes Verhalten der Wachleute ein gutes Ende.

Die unmittelbare Nachkriegszeit ist aus deutscher Sicht oft beschrieben worden, aber wenig aus Sicht der ehemaligen OstarbeiterInnen. Sie schildern, bei ihrer Suche nach Nahrungsmitteln unverhältnismäßig hart bedroht worden zu sein, insbesondere von Bauern außerhalb des Stadtgebiets; sie erinnern sich auch an gewaltsame Todesfälle auf sowjetischer Seite.

Indessen wurden nach der Befreiung unter den ZwangsarbeiterInnen auch die Empörung über das erlittene Unrecht und das Bedürfnis nach Vergeltung zum Ausdruck gebracht. Ein Hinweis besagt, dass in der Winkelhausen-Kasernen am Hafen, in denen nun viele der sogenannten *displaced persons* untergebracht wurden, ein Film über Misshandlungen sowjetischer Frauen in Deutschland gezeigt wurde. Im Anschluss habe es einzelne – erfolglos gebliebene – Versuche gegeben, Racheaktionen in Osnabrück zu organisieren.

VI. Die Zwangsarbeiter in der Erinnerung der Osnabrücker Zeitzeugen – Im Unterschied zu den Interviews der ehemaligen OstarbeiterInnen gehen die Osnabrücker Befragten nur am Rande auf die vielen tausend der zur Zwangsarbeit in der Stadt Gebrachten ein. Wenn von Ereignissen im Zusammenhang mit ihnen die Rede ist, dann von jenen Fällen, in denen Osnabrücker nach Kriegsende von ehemaligen Zwangsarbeitern bedroht wurden.

Die spärlichen Berichte sollten aber nicht zur Annahme geringer oder nicht vorhandener Kontakte zu Zwangsarbeitern verleiten. Ein großer Teil der interviewten Osnabrücker arbeitete oder lebte sogar mit Zwangsarbeitern zusammen. In Fabriken wurde gemeinsam gearbeitet, was auch in Haushalten oder im Rahmen des Pflichtjahres in der Landwirtschaft geschehen konnte. Ein gemeinsamer Alltag ergab sich z.B. aus Einquartierungen von Westarbeitern – in einem Fall eines belgischen Ehepaars – oder durch den Einsatz von Ostarbeiterinnen in Haushalten. Kontakte entstanden auf der Straße, in der Nachbarschaft, wenn Deutsche das Lagerleben beobachteten oder am Freizeitleben der Zwangsarbeiter teilhatten oder beim Trümmerräumen: Nach Bombenangriffen konnten Hausbesitzer Zwangsarbeiter zum Trümmerräumen bei der örtlichen Luftschutzleitung ›ausleihen‹.

Ähnlich vielfältig wie die Orte und Situationen, in denen Osnabrücker und ZwangsarbeiterInnen sich begegneten, waren die Formen dieser Begegnungen. In den seltenen ausführlichen Berichten wird zumeist die Härte der Situation z.B. misshandelter Zwangsarbeiter und ihre körperliche Bedürftigkeit, z.B. nach Nahrung, erinnert. Sobald auch die Nachkriegszeit thematisiert wird, dominieren Berichte über vagabundierende und wohnraumbesetzende befreite Zwangsarbeiter, die die deutsche Bevölkerung bedrohen. Aber auch für diesen Zeitabschnitt gibt es positive Berichte über ehemalige Zwangsarbeiter, die Osnabrückern in bedrohlichen Situationen mit anderen befreiten Zwangsarbeitern halfen.

Diese wenige Monate dauernde Periode der Nachkriegszeit bestimmt für viele Osnabrücker bis heute die Wahrnehmung der Zwangsarbeiter. So erwähnt z.B. eine ehemalige Verwaltungsangestellte eines der größten Zwangsarbeitsnutzers der Stadt die Zwangsarbeiter nur im Zusammenhang mit einem Diebstahl aus ihrem gegenüber dem Ostarbeiterinnenlager der Firma liegenden Schrebergarten in den ersten Nachkriegswochen, während durch eine andere Osnabrückerin, die als Kind in direkter Nachbarschaft der Firma wohnte, der auffallend ärmliche und verwahrloste Zustand der Zwangsarbeiter auf dem Firmengelände bezeugt wird.

Die Bedingungen für die unterschiedlichen Erzählungen der Osnabrücker über die Zwangsarbeiter und für die unterschiedlichen Beziehungsformen sind noch nicht abschließend untersucht. Erste Hypothesen über Verhaltenstypen unter der deutschen Bevölkerung sind allerdings möglich.

Anknüpfend an das Beispiel der Verwaltungsangestellten, die sich nicht an die Hunderte Zwangsarbeiter in der gleichen Rüstungsfabrik erinnern kann, lässt sich zunächst ein Verhaltenstyp annehmen, der die Zwangsarbeiter nicht beachtet hat und keine Beziehungen zu ihnen aufgenommen hat. Für diesen Typus der *Teilnahmslosen* war die Zwangsarbeit eine selbstverständliche, nicht zu hinterfragende Einrichtung.

Die Äußerung einer Frau, die als Kind die Einführung einer sowjetischen Zwangsarbeiterin als Dienstmädchen der Familie erlebte, macht einen anderen Verhaltenstyp identifizierbar:

»Wie die zu uns kamen – das war Herbst 1942 –, haben wir noch befürchtet, wenn die von Russland kommen, sind die schmierig und was nicht alles. Meine Tante steckte sie erst mal in die Badewanne und schrubbte sie ab. Anschließend kam sie ganz überrascht wieder: ›die ist ganz sauber, die hat nicht mal Flöhe.«

Die junge ukrainische Frau wird wie ein Gebrauchsgegenstand betrachtet, der gesäubert und für die geplante Benutzung hergerichtet werden muss. Der von der Person erwartete Nutzen verbindet sich mit der dafür zu investierenden Zuwendung und lässt den Typus eines *Paternalistischen Nutznießers* erkennen. Die zitierte Familie aus konservativ-bürgerlicher Tradition nutzt die Zwangsarbeit wie selbstverständlich, wo es zu ihrem Vorteil ist, ist aber bereit, die Zwangsarbeitsbedingungen für die Betroffenen zu mildern, ohne die soziale und völkisch-geprägte Distanz aufzugeben.

Ein weiterer Verhaltenstypus im Umgang mit den ZwangsarbeiterInnen lässt sich durch seine genaue Pflichterfüllung im Zwangsarbeitssystem charakterisieren, d.h. ein für die ZwangsarbeiterInnen sowohl gefährliches als auch hilfreiches, solidarisches Handeln z.B. durch Lebensmittelgaben.

Dieses widerspruchsvolle Agieren lässt auch Befürchtungen vor eigener Verfolgung erkennen. In diesem Sinne kann die Pflichterfüllung als vorausseilende Anpassung an das NS-System zur Vermeidung einer eigenen Verfolgung gesehen werden. Ein ehemaliger leitender Angestellter eines Rüstungsbetriebes mit 40-50 sowjetischen Zwangsarbeiterinnen erinnert sich:

»Von den Frauen hatten wir, hatte die Firma ... – und wir hatten eine Baracke – ... ich weiß nicht wie viele. Es können zwanzig, dreißig Frauen gewesen sein, aus der Ukraine, die waren bei uns beschäftigt. Die haben gern gearbeitet; sie waren fleißig, haben erstaunlich schnell gelernt, obwohl sie elektrische Maschinen nicht kannten. Das waren wertvolle Arbeitskräfte, effektiv. Wir haben gar keine Schwierigkeiten mit ihnen gehabt, bis auf eine, eine russische Lehrerin, die verstand angeblich kein Deutsch. Die anderen konnten fast alle deutsch, obwohl sie vom Land kamen. Die erzählten uns, dass sie Deutsch als Pflichtfach in der Schule hatten! Also, wir konnten uns teilweise mit denen vollkommen einwandfrei verständigen. Und die Probleme mit der russischen Lehrerin, das war'n ›Sprachproblem‹: Die Frau war eine typische russische Frau, die verstand grundsätzlich kein Deutsch und tat nichts, also nur das unbedingt Notwendige, und die war auch nicht lange bei uns, denn ich musste ja Meldung machen, Gestapo und so weiter,

nicht? Ich musste melden, dass die nicht arbeitet oder sowas, und irgendwann war sie weg.«

Der zitierte ›Anzeiger‹ bei der Gestapo hatte eine Ehefrau mit einem jüdischen Elternteil, und er wusste von der Judenverfolgung. Der Interviewte berichtete auch von seiner Sorge, selbst Denunziationen ausgesetzt zu sein. Gleichzeitig zu seinen Maßnahmen, die Arbeitskraft der sowjetischen Frauen konsequent einzufordern, schilderte er aber auch Hilfeleistungen (Lebensmittel- und Schuhgeschenke) an ›seine‹ Zwangsarbeiterinnen. Bei diesem hypothetischen Verhaltenstyp eines *Gefährdeten Pflichtgetreuen* fällt die Rolle der eigenen potentiellen Gefährdung für die Beziehungen zu den Zwangsarbeiterinnen auf. Hinzu kommt eine Prägung durch religiöse oder politisch-humanistische Erfahrungen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus. Vertreter dieses Verhaltenstyps sind daher eher in den Geburtsjahrgängen vor 1920 zu vermuten.

Weitergehende Aussagen zur Charakterisierung der skizzierten Verhaltensmuster und über weitere mögliche Typen und weitere, die Praxis der Zwangsarbeit beeinflussende Faktoren werden erst im Verlauf weiterer Forschungen möglich werden. Zusammenfassend ist aber bereits festzuhalten, dass nicht jeweils einzelne Bedingungen – ein Gewinninteresse oder die Nähe zum völkischen Denken des Nationalsozialismus – allein auf das Verhalten der Individuen im System der Zwangsarbeit schließen lassen, sondern vielmehr das Zusammenwirken von verschiedenen Faktoren jeweils unterschiedliches Verhalten hervorgerufen hat. Genauere Untersuchungen sind erforderlich, anstatt, wie es die zu Beginn angeführte Emnid-Umfrage zeigte, vorschnell be- oder entlastende Annahmen anzustellen – gerade nicht am eigenen Wohnort und besonders nicht in der eigenen Familie.

-
- 1 Harald Welzer / Sabine Moller / Karoline Tschuggnall: »Opa war kein Nazi« – Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. 2. Aufl., Frankfurt/M. 2002.
 - 2 Wolf Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden – Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943. Berlin 1996.
 - 3 Ulrich Herbert: Der »Ausländereinsatz« in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. In: Ders.: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1995, S. 121f.
 - 4 Ulrich Herbert: Fremdarbeiter – Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. 2. Aufl., Bonn 1999.
 - 5 Herbert: Der »Ausländereinsatz«, a.a.O. (Anm. 3), S. 121.
 - 6 Ebd., S. 122.
 - 7 Mark Spoerer: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. München 2001, S. 219-223.
 - 8 Herbert: Der »Ausländereinsatz«, a.a.O. (Anm. 3), S. 134.
 - 9 Ebd., S. 129.
 - 10 Ulrich Herbert: Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. In: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 352.
 - 11 Klaus Heuer: Einleitung. In: Fred Dorn / Klaus Heuer (Hg.): »Ich war immer gut zu meiner Russin«. Pfaffenweiler 1991, S. 5.
 - 12 Dieser Aufsatz ist entstanden aus der Zusammenarbeit mit Ute Weinmann im Rahmen des Forschungsprojektes »Formen und Bedingungen interkultureller Beziehungen im nationalsozialistischen

System der völkischen Hierarchisierung von Arbeit und Gesellschaft am Beispiel der Zwangsarbeit in der Stadt Osnabrück – unter besonderer Berücksichtigung lebensgeschichtlicher Interviews mit ehemaligen ‘Ostarbeitern’ und OsnabrückerInnen«. Das Forschungsprojekt an der Universität Osnabrück wurde geleitet von Prof. Dr. Martin Bennhold und gefördert vom Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen.

- 13 Gerd Steinwascher (Hg.): Gestapo Osnabrück meldet ... Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936. Osnabrück 1995, S. 6-10.
- 14 Peter Junk / Martina Sellmeyer: Stationen auf dem Weg nach Auschwitz – Entrechtung, Vertreibung, Vernichtung – Juden in Osnabrück 1900-1945. 2. Aufl., Bramsche 1989, S. 39-45.
- 15 Antifaschistischer Arbeitskreis Osnabrück / Pax Christi – Basisgruppe Osnabrück (Hg.): Spurensuche – Osnabrück 1933-1945. Osnabrück 1995, S. 67-74 – Vgl. auch: »Wir hatten Angst wie die Mäuse«. Ehemalige Zwangsarbeiter besuchen Osnabrück. Broschüre [24 Seiten], hg. von der Stadt Osnabrück, zusammengestellt von Michael Gander und Sabine Rolfes. Osnabrück 2003.
- 16 Volker Issmer: Das Arbeitserziehungslager Ohrbeck bei Osnabrück – Eine Dokumentation. Osnabrück 2000, S. 106, 212 und 232.
- 17 Gabriele Rosenthal: Erlebte und erzählte Lebensgeschichte – Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibung. Frankfurt/M. u.a. 1995.
- 18 Alle Namen sind Pseudonyme.
- 19 [Hin:] Wo bauten die Nazis Sterbelager für Kinder? In: Neue Osnabrücker Zeitung v. 3. Juni 2000.